

1931

Referentenmaterial Nr. 3

Die Politik der SPD. zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 und dem Kabinett Brüning, zur Erhaltung der parlamentarischen Republik, der Demokratie und der Sozialpolitik.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

1. Das politische Kräfteverhältnis	1
2. Die neuen Fehlbeträge	3
3. Die Weltwirtschaftskrise	5
4. Die Getreidekrise	10
5. Das deutsche Volk und die Weltwirtschaft	11
6. Besteht eine Wirtschaftsanarchie	13
7. Keine Kapitalbildung	15
8. Verkümmern der Wirtschaft	17
Bürgerliche Gehälter	18
9. Am Krankenlager des Kapitalismus	20
10. Der Angriff auf die Löhne	21
11. Her mit der 40-Stunden-Woche	23
12. Endgültige Krise des Kapitalismus	25
13. Wie kann die Krise überwunden werden	26
14. Das russische Beispiel	28
15. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Rußland	30
16. Wie in Rußland sich die Dinge ansehen	31
17. So groß das Elend heute ist	32
18. Der Einfluß der Organisation	35
19. Besonders anschaulich ist Hamburg	34
20. Würde durch gewaltsamen Umsturz etwas geändert	36
21. Es gibt nur eine Generalidee für uns	38
22. Die Aussichten des Sozialismus	39



A 88-159

1. Das politische Kräfteverhältnis.

Im Reichstage von 1928, der das Kabinett Müller brachte, waren:

- 152 SPD.
- 78 DNVP.
- 61 Zentrum
- 54 KPD.
- 45 DVP.
- 25 DDP.
- 23 Wirtschaft
- 17 Bayerische Volkspartei
- 12 Nazis
- 9 Christlich-nationale und Bauern
- 8 Deutsche Bauernpartei
- 4 Deutsch-Hannoveraner
- 2 Volksrecht

490, davon ein knappes Drittel SPD.

Der Wahlkampf 1930 hat trotz Krankenschein- und Arzneigebühr, also trotz Notverordnung und Gefährdung der Sozialpolitik, gegen uns entschieden.

Der Reichstag vom 14. September 1930:

- 143 SPD.
- 107 Nazis
- 77 KPD.
- 68 Zentrum
- 41 DNVP.
- 30 DVP.
- 22 Wirtschaft
- 22 Deutsches Landvolk
- 14 Christlich-sozialer Volksdienst
- 4 Konservative Volkspartei
- 3 Deutsch-Hannoveraner
- 19 Bayerische Volkspartei
- 15 Staatspartei
- 6 Deutsche Bauern
- 6 Volksnationale

577, davon ein Viertel SPD.

Eine Regierungsbildung mit fester Mehrheit ist nicht möglich. Auch Entscheidungen von Fall zu Fall sind kaum denkbar, da die Mittelparteien (Volkspartei, Wirtschaft, Bauern, Christlich-soziale) stets darauf bedacht sind, ihre Parteien vor dem Gefressenwerden durch die Nazis zu bewahren.

Ausgesprochene Gegner der parlamentarischen Republik und des demokratischen Staates sind:

107 Nazis
41 DNVP.
77 SPD.

225 Mitglieder

Gegner der sozialen Fortentwicklung sind:

107 Nazis
41 DNVP.
33 DVP.
22 Wirtschaft
22 Landvolk und Konservative

225 Mitglieder

Dazu kommt als unsicher der Volksdienst.

Gegner des kulturellen Fortschritts sind in ähnlicher Zahl vorhanden.

So muß die Fraktion, die stets den Ausschlag gibt, stets zwischen mehreren Uebeln das kleinere wählen.

Diese unausgeglichenen Klassenkräfte erschweren ungemein die Politik, aber machen auch die Uebersicht unendlich schwer. Ein Sturz der Regierung ist zu jeder Zeit möglich. Eine Neubildung dagegen auf parlamentarischem Wege so gut wie undenkbar. Der Ausweg bleibt nur

ein Beamtenkabinett,

ein Direktorium der Wirtschaftsführer oder aber

der Ausnahmezustand, die Uebertragung der vollziehenden Gewalt an einen General.

Zu Ende der Inflation 1923 und beim Uebergang zu fester Währung war dieser verhängt.

Er bedeutet, daß die zivile Gewalt, also die Minister, dem General unterstellt ist.

Berufung ist dann nur an den Reichspräsidenten möglich.

Das war 1923 Friedrich Ebert, also ein Politiker. Heute ist es Hindenburg, also ein Soldat. Eine Berufung ist also sehr viel schwerer.

Die Kräfte der Arbeiterklasse sind um so mehr geschwächt, weil alle Parteien Arbeiterstimmen haben und die Kommunisten als Ziel ihrer Politik die Zerstörung der SPD. und der Gewerkschaften bezeichnen.

Ersparnisse im Reichshaushalt:

In Millionen
Reichsmark

Reichswehrministerium	50	
Reichsernährungsministerium	20	
Reichsarbeitsministerium	7	
Uebrigc	43	120
Ausgabekürzungen zusammen...		913

2. Einnahmeerhöhungen:

Krisensteuer		395
Beseitigung der Lohnsteuererstattungen (zugunsten der Ge- meinden)		60
Verdoppelung der Zuckersteuer		110
Erhöhung der Zölle auf Mineralöle		75
Rückkehr zu den Monatszahlungen bei der Umsatzsteuer: einmalige Mehreinnahme für das Reich	80	
" " " Länder und Ge- meinden	35	115
Erhöhung der statistischen Abgabe		3
Einnahmeerhöhung zusammen...		758

Die Gesamtdeckung beträgt also:

Ausgabekürzungen	913	
Einnahmeerhöhungen	758	
Gesamtdeckung...		1671

Von den Deckungsbeträgen fließen zu:

der Arbeitslosenversicherung	400
dem Reichshaushalt	834
den Ländern und Gemeinden	302

während der Rest von 140 Millionen Reichsmark für Arbeitsbeschaffung usw. verwendet wird. Eine volle Deckung der Fehlbeträge wird also nur bei der Arbeitslosenversicherung und beim Reichshaushalt erzielt. Die Fehlbeträge der Länder und Gemeinden dagegen werden durch die Deckungsmaßnahmen der Notverordnung nur zu etwa einem Viertel gedeckt, so daß hier Fehlbeträge von rund 900 Millionen Reichsmark noch zu decken bleiben. Die Ausgleichung dieser Fehlbeträge sollen Länder und Gemeinden offenbar selbst herbeiführen durch verstärkte Kürzung der Gehälter und Löhne, Abbau der kulturellen und sozialen Leistungen, insbesondere der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege usw.

Als die Fraktion am 13. Juni zu beschließen hatte, wurde mitgeteilt, daß, wenn der Ueberbrückungskredit von 250 Millionen Reichsmark, den deutsche Banken geben wollten, nicht zustande käme:

Hamburg am 25. Juni die Zahlung einstellen müsse, und daß dann am 1. Juli kein Gehalt gezahlt werden könnte.

In ähnlicher Lage befänden sich eine Menge weitere Gemeinden.

Auch Preußen könne die 200 Millionen Reichsmark Sonderaufwendungen an die Gemeinden nicht aufbringen, wenn der Kredit nicht zustande käme.

3. Die Weltwirtschaftskrise.

Von allen Beteiligten wird zugegeben, daß die jetzt herrschende Krise die Wirtschaft der ganzen Welt ergriffen hat. An sich sind Krisen mit ziemlicher Regelmäßigkeit auftretende Störungen im kapitalistischen System, im letzten Jahrhundert 13. Sie beherubten darauf

- a) daß der Bedarf der Verbraucher nur erfahrungsgemäß erfüllt wird,
- b) die Produktion in ihrem Umfang nicht entsprechend geregelt wird,
- c) alle Produzenten sich gegenseitig auf ihren Gebieten den Rang abzulaufen versuchen.

Sie ist also eine Funktionsstörung. Daß die jetzige Krise so ausgedehnt ist, beruht auf der erfolgten Ausdehnung des Weltmarktes und einer damit verbundenen Arbeitsteilung zwischen den Ländern. Dadurch sind Länder und Kontinente abhängig geworden von einzelnen Waren oder ihrem Absatz.

U. S. A.	Baumwolle, Kupfer, Fertigwaren	Mexiko	Del
Kanada	Weizen, Mais	Ägypten	Baumwolle
Brasilien	Kaffee	Australien	Schafwolle
Argentinien	Getreide, Fleisch	Bolivien	Zinn
	Chile		Salpeter

Können aber diese Produkte nicht abgesetzt werden oder erleiden sie, wie in den letzten Jahren, Preisstürze zwischen 30 und 50 %, so ist die Folge **mangelnde Kaufkraft für europäische Produkte.**

Zu den Rohprodukten, die auf den Stand von 1914 und mehr gefallen sind, gehört auch das **Silber.**

Silber aber dient in etwa 15 % der Länder, die am Welthandel beteiligt sind (Brasilien, China, Indien und andere), als Basis und Stoff der Währung. Der Grund der Revolutionen in vielen Ländern und der vielen Regierungskrisen ist hier zu suchen. Fall des Wertes des Geldmetalles bedeutet Steigen der Warenpreise und wiederum Schwinden der Kaufkraft gegenüber Ländern mit Goldbasis im Währungssystem.

Hier liegen Strukturwandlungen vor.

Hierfür noch einige Beispiele:

Im Krieg und der Nachkriegszeit sind die Baumwollspindeln in der Welt von

144 Millionen auf 164 Millionen Stück gestiegen,
davon in Europa.. 4 " "
außerhalb..... 16 " "

Ähnlich in der Koh-Stahlproduktion:

1913: Britisch-Indien 63 000 Tonnen	1929: 600 000 Tonnen
Japan..... 240 000 "	2 300 000 "
Australien 14 000 "	350 000 "

Schon vor dem Kriege als Einzelercheinung, im Kriege durch Absatzmöglichkeiten durch das Ausscheiden Europas gefördert und nach dem Kriege durch die Umstände erzwungen, ist in **fast allen Ländern, die früher Rohstofflieferanten und Abnehmer für Fertigwaren aus Europa**

waren, eine eigene Industrie entwickelt. Von Europa sind die Maschinen bezogen, die den Rohstoff an Ort und Stelle aufbereiten, zu Halbfabrikat oder zur Fertigware machen:

In Afrika, den Südseeinseln zum Beispiel, Oelmühlen, die nach Europa für die Margarinefabrikation Öl und die Rückstände (Öl, Baumwollsaatkuchen, Ölkuchen, Palmkuchen) liefern. Die Transportkosten werden ermäßigt, aber Arbeitslosigkeit ist die Folge.

Indien, China, Aegypten produzieren Baumwollgarne, die früher in englischen und deutschen Spinnereien erzeugt wurden.

Ganze Industriezweige sind in der Zeit neu entstanden (zum Beispiel Spielwaren, Glaswaren in Amerika, Japan, Rußland), die früher fast deutsches Monopol waren.

Dazu treten die **Konjunkturstörungen**, die in der Anübersichtlichkeit der Märkte und der Absatzverhältnisse liegen. Die aber auch bedingt sind durch das anarchische System der Erzeugung und des Eigentums an Produktionsmitteln.

Ähnliche Erscheinungen treten in der Landwirtschaft zutage. Sie ist in wachsendem Maße ertragreicher gemacht durch steigende Verwendung künstlichen Düngers. In immer größerem Ausmaße wird die tierische und menschliche Kraft ersetzt durch den Traktor bei der Bestellung, den Mähdreher bei der Ernte. Beide verringern die Herstellungskosten des Getreides durch Ersparung von Menschen und damit Arbeitslohn. Alle drei Gründe, verbunden mit Verwendung hochgezüchteten Saatgutes und sorgfältiger Sortenwahl, ermöglichen ertragreichen Ackerbau auch auf Böden, die bisher brach lagen. Es entsteht also gleichzeitig Ausdehnung der geernteten Flächen, Steigerung des Ertrages, also Vermehrung der Menge und — verbunden damit — Preisstürze. Das aber bedeutet wiederum Schwächung der Kaufkraft, Schwinden der Aufnahmefähigkeit für Industrieprodukte.

Außerdem ist die Durchorganisation der Industrie in wachsendem Maße durchgeführt: **die Rationalisierung**. Einige Beispiele mögen das Gesagte erläutern:

In den letzten drei Jahrzehnten vor dem Kriege ist in jedem Jahre die Weltkohlenförderung um 4% gestiegen, in der ganzen Zeit von 1913 bis 1928 aber insgesamt nur um 4%. Also, wenn auch noch ein Zuwachs, so aber aber doch bereits ein starkes Nachlassen im Tempo.

Die wirklichen Vorgänge:

Diese Statistik belügt uns! Sie belügt uns nicht insofern, als die Zahlen etwa falsch wären, aber sie sagt uns nicht,

daß eine Tonne Kohle von heute doppelt so schwer wiegt wie eine Tonne Kohle vom Jahre 1913, nämlich dann, wenn man die Ausnutzung der Kohle wiegt.

Es ist sogar noch etwas mehr als doppelt soviel.

Nach den Feststellungen des deutschen Enqueteausschusses gebrauchte man zur Erzeugung von 10 Kilowattstunden Elektrizität im Jahre 1913 $10\frac{1}{2}$ bis 11 Kilogramm Kohle, im Jahre 1927 nur noch $5\frac{1}{2}$ Kilogramm.

Ähnlich sind die Ziffern in den Vereinigten Staaten von 32 auf $17\frac{1}{2}$ englische Pfund gesunken. In der englischen Elektrizitätserzeugung sind 1929 $9\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Kohlen verbraucht worden. Noch im Jahre 1921 hätte man für den gleichen Zweck $14\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen verfeuern müssen. In den Vereinigten Staaten ist auf den Eisenbahnen von 1921 bis 1927 der Kohlenverbrauch je Tonnen-Kilometer um 19% gesenkt worden, in Deutschland von 1913 bis 1928 um 19,3%.

Die ungeheure Kohlenverschwendung unter zahllosen Dampfkesseln ist eingeschränkt worden durch die **Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft.**

Dazu kommt die gewaltige **Ausdehnung der Erdölproduktion** von 53 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 184 Millionen im Jahre 1928.

Die Tatsache, daß seit der Vorkriegszeit rund 40% der Weltwirtschaftstonnage auf Delfeuerung umgestellt ist, bedeutet für den Kohlenverbrauch einen Ausfall von 42 Millionen englische Tonnen jährlich.

Schließlich der **Ausbau der Wasserkräfte.** Italien zum Beispiel hat vor dem Kriege $10\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen englische Kohle eingeführt und erspart heute davon 9 Millionen Tonnen durch den Ausbau seiner Wasserkräfte.

Nach den Angaben der Handelsamtes der Vereinigten Staaten ist **in den Fabrikbetrieben der Arbeitsertrag je Arbeiter von 1919 bis 1929 um 45% gestiegen.**

Obwohl die Gesamtproduktion in den statistisch erfaßten Betrieben um 36% gewachsen ist, hat sich die Arbeiterzahl von 9 Millionen auf 8,1 Millionen vermindert.

Im Bergbau ist die Arbeitsleistung um 40% gestiegen, die Belegschaft um 7% zurückgegangen.

Bei den Eisenbahnen insgesamt ist trotz größerer Verkehrszahlen die Belegschaft um 15% zurückgegangen.

Sie vollziehen sich überall in der Welt und **nirgends so amerikanisch wie in Deutschland.** Ein Beispiel aus dem Enquetebericht über die deutsche Eisenindustrie:

„Die Thyssenhütte in Hamborn erzeugte früher 75000 Tonnen Stahl und hatte 10000 Arbeiter; heute stellt sie 170000 Tonnen her und hat 9900 Arbeiter. Der Hörder Verein machte 40000 Tonnen und hatte 9600 Arbeiter; er macht heute 85000 bis 90000 Tonnen und hat 5700 Arbeiter.“

Institut für Konjunkturforschung im Sonderheft über die industrielle Produktion in Deutschland:

In den Deutschen **Kalksteinwerken** war die Beschäftigungsziffer in den Jahren 1924, 1926 und 1929 mit rund 14000 die gleiche. Die Produktion war 1926 um 31%, 1929 um 88% größer als 1924.

In den **Zementfabriken** wurde 1929 eine größere Produktion erreicht als 1913, obwohl die Belegschaftsziffer um 40 % niedriger und die Arbeitszeit kürzer war.

In den **Kohlereien** ist von 1926 bis 1929 die Belegschaftsziffer von 20 000 auf 19 300 zurückgegangen, die Menge der verkofkten Steinkohle um rund 50 % gestiegen.

In den **Braunkohlenbrikettfabriken** hat sich von 1913 bis 1929 die Belegschaftsziffer um 50 %, die Produktionsziffer um annähernd 100 % vergrößert.

In den gesamten **Hochöfen- und Stahlwerken** des heutigen Reichsgebietes hat sich von 1913 bis 1929 die Belegschaftsziffer von 27 000 auf 21 000 vermindert, die Roheisenerzeugung ist von 750 000 auf über 1 Million Tonnen vermehrt worden.

In den **Flußstahlwerken** ist die Belegschaft von 32 400 auf 30 800 zurückgegangen, die Erzeugung von 11,8 auf über 16 Millionen Tonnen gestiegen.

Im **mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** zeigt sich, mit wie wenig Menschenhänden heute bei hundertfach vergrößertem Betrieb eine gewaltig gesteigerte Leistung erreicht wird. Wo früher in dem ungefähr 500 Morgen großen Tagebau bestenfalls Dampfbagger arbeiteten, deren Eimerinhalt 285 Liter und deren Stundenleistung 125 bis 150 Kubikmeter betrug, fressen sich jetzt riesige Lübecker (Doppelschütter) oder Duckauer Bagger ins Erdreich und daneben noch zahlreiche Raupen- und Löffelbagger. Ein großer Lübecker verschluckt pro Stunde 500 bis 550 Kubikmeter Erdreich. 3 Mann nur bedienen das Riesentier. Zum Abtransport dieser „Speise“ sind — neben Maschinen und Rippwagen — 16 Mann noch nötig, während früher, bei der viel kleineren Menge, 46 Mann helfen mußten.

Ähnliche vorweltliche Ungeheuer nehmen viele hundert Meter entfernt Erdmassen auf und „setzen sie ab“ auf dem Abraum. So entstehen neben den großen Erd„wannen“ die tafelförmigen „Gebirge“ von etwa 50 Meter Höhe. Ein solcher „Abseher“ treibt die Erdmassen 20 Meter hoch. 23 elektrische Baggerzug-Maschinen führen täglich 20 000 bis 25 000 Kubikmeter Abraum in den Rachen dieser Ungeheuer, die wiederum nur 3 Mann bedienen und mit denen etwa noch 12 bis 14 Mann arbeiten. Anvorfstellbar ist es, welches Arbeiterheer früher notwendig gewesen wäre, die gewaltige tägliche Arbeit nur eines dieser Abseher zu vollbringen — jetzt sind 4 auf dieser Grube in Tätigkeit, und die Gesamtzahl der Arbeiter ist um 50 % verringert! Mit großen Schwierigkeiten und großem Zeitaufwand war früher auch die sich dauernd notwendig machende Verlegung der Baggergleise verbunden. Eine Kolonne von 75 Mann besorgte diese Arbeit. Jetzt rückt die Maschine die Gleise weiter — 3 Mann bedienen dieses Wunderwerk der Technik; die andern 72 Hände feiern!

Diese Aufzählung könnte noch sehr lange fortgesetzt werden, und auch dann wäre es nur erst ein Bruchteil der Wirklichkeit. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Zentralen Unternehmervereinigung in den Ver-

einigten Staaten hat die gegenwärtigen Verhältnisse folgendermaßen gekennzeichnet:

„Eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert Jahrzehnte gebraucht hätte, kann heute in einem einzigen Jahre oder in wenigen Jahren zurückgelegt werden.“

Das heißt also, daß die Versorgung der Menschen und der allgemeine Lebensstandard heute in einem Jahre um ebensoviel verbessert werden könnte als früher in Jahrzehnten.

4. Die Getreidekrise.

In den Vereinigten Staaten hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1909 bis 1928 um 4 Millionen vermindert, während die Ackerfläche um 18% vergrößert worden ist, und der Produktionsertrag je Beschäftigten um 30% gestiegen ist. Man begreift diese Entwicklung an der Tatsache, daß dort die Zahl der Traktoren von 80 000 im Jahre 1918 auf 852 000 im Jahre 1929 angestiegen ist.

Noch viel bedeutsamer und revolutionärer für die Getreidewirtschaft der ganzen Welt ist der Siegeszug des Mähdreschers, der die landwirtschaftlichen Großbetriebe

in industrielle Getreidefabriken

verwandelt.

In den Vereinigten Staaten gab es 5000 Mähdrescher im Jahre 1921 und 37 000 im Jahre 1929,

in Westkanada zählte man 1922 erst 2, 1929 bereits 7255 solcher Maschinen.

In Argentinien bewältigt der Mähdrescher heute schon 30% der gesamten Weizenfläche.

Der Aufwand an menschlicher Arbeitskraft ist beim Mähdrescher gegenüber den besten andern Erntemaschinen auf ein Sechstel reduziert, die Erntekosten sind dabei auf 45% der früheren gesunken.

Man hat in Nordamerika eine Weizensorte gezüchtet, die fast 2 Wochen schneller reift. Das bedeutet einen gewaltigen Zuwachs an Anbaufläche in solchen Gegenden, für die bisher die Reifezeit nicht ausreichte.

In Java ist durch die Verbesserung der Sortenwahl innerhalb von 2 Jahren auf der gleichen Fläche der Zuckerertrag um 50% erhöht worden. Das Resultat: Die Weltzuckerproduktion ist gegenüber 1923 von 18,8 auf 27,5 Millionen Tonnen gestiegen.

Auch in den Rübenzucker erzeugenden Ländern Deutschland und der Tschechoslowakei ist durch Sortenwahl ein ähnliches Ergebnis erzielt.

5. Das deutsche Volk hätte nach den schrecklichen Kriegsjahren

nicht auch noch mehr als 5 schreckliche Inflationsjahre über sich ergehen lassen müssen, wenn gewisse Kreise etwas zeitiger zu der Erkenntnis gekommen wären, daß die Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes nach dem Kriege darin bestand, das Tor zur Weltwirtschaft wieder aufzustößen und Deutschland wieder an die Hilfsmittel der Weltwirtschaft anzuschließen.

Wir brauchen nicht zu vergessen, daß selbst Leute wie Stresemann erst einige Jahre brauchten, bis sie das begriffen hatten. Wenn unsere Partei nicht früher auf dem Posten gewesen wäre, dann wäre eine vollständiger Zusammenbruch der Dekonomie Deutschlands unvermeidlich gewesen.

Erst vom Jahre 1924 an, erst mit der Annahme des Dawesplanes, mit der Oeffnung des ausländischen Kapitalmarktes beginnt ein wirklicher Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Wir haben darüber einige statistische Daten.

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Schätzung des gesamten Volkseinkommens durchgeführt. Wenn man den Geldwert von 1925 für das Vorkriegseinkommen zugrunde legt, so würde das Volkseinkommen im Jahre 1913 62,2 Milliarden Mark betragen haben. Wie tief es in der Inflationszeit gesunken war, kann man nicht errechnen. Wir wissen nur, daß es sehr tief lag, im Jahre 1925 war es schon wieder wesentlich angewachsen, stand aber erst auf 54,3 Milliarden, 1926 auf 55,6 Milliarden, 1927 auf 59,7 Milliarden, 1928 auf 64,5 Milliarden und 1929 auf 65,4 Milliarden Mark. In einem halben Jahrzehnt ist also das Gesamtvolumen des deutschen Volkseinkommens von unter 50 auf über 65,4 Milliarden Mark gestiegen.

Der Produktionsindex stand, wenn man ihn 1924 gleich 100 annimmt, nach dem Institut für Konjunkturforschung im Jahre 1926 auf 114, 1927 bis 1929 auf rund 140. Das ist eine Steigerung der gesamten Produktionsleistung um 40 % in diesem Zeitraum.

Die Gesamtsumme der volkswirtschaftlichen Güterumsätze ist von 172 Milliarden im Jahre 1925 auf 217 Milliarden in den Jahren 1928 und 1929 gestiegen.

Der Güterverkehr auf der Reichsbahn betrug im Jahre 1913 im heutigen Reichsgebiet 467 Millionen Tonnen, 1925 nur 409 Millionen Tonnen, 1927 bereits wieder 489 Millionen Tonnen, war also größer als in der Vorkriegszeit.

Die deutsche Warenausfuhr, dieses Lebenselement der deutschen Wirtschaft, ist gestiegen von 6,5 Milliarden im Jahre 1924 auf 13,5 Milliarden im Jahre 1929. Trotz der Weltkrise hat sich mengenmäßig unser Warenexport auch im Jahre 1930 im wesentlichen gehalten.

Es ist nicht wahr, daß die deutsche Wirtschaft unausgesetzt zurückgegangen wäre; wahr ist, daß sie in einem Tempo angeftiegen ist, das vielleicht in der ganzen Wirtschaftsgeschichte einzigartig ist.

Trotz der „marxistischen Wirtschaft“, trotz der hohen Sozialsaffen, trotz der hohen Löhne, über die die Unternehmer geklagt haben.

Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland gegen 1913 um etwa 8 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen gestiegen.

6. Besteht eine Wirtschaftsanarchie?

In Kiel ist eine Analyse der kapitalistischen Wirtschaft der Gegenwart gegeben, und man kam zu der Feststellung, daß wir uns in einer Periode befinden, in der die ungebundene Unternehmerkonkurrenz in organisierten Kapitalismus umgewandelt würde. Wir reden heute über Wirtschaftsanarchie.

Organisation ist aber der Gegensatz von Anarchie.

Hat sich die Entwicklung rückläufig vollzogen oder ist damals eine falsche Analyse vorgenommen?

Der Monopolkapitalismus organisiert zwar, aber er organisiert Wirtschaftsbezirke und nicht die Volkswirtschaft; er hebt in der Gesamtwirtschaft die Anarchie nicht auf, er verlegt sie nur in andere Größenordnungen. Der organisierte Kapitalismus hat den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann aufgehoben und ihn in einen ökonomischen Bandenkrieg umgewandelt.

Aber der Krieg selbst mit allen seinen Zerstörungen ist geblieben, und die Zerstörungen sind jetzt in vieler Beziehung noch schlimmer; denn der organisierte Kapitalismus schießt mit Granaten, wo früher nur Flintenkugeln flogen.

In den privatwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen der Kartelle, der Trusts und anderer marktbeherrschender Organisationen — das System der Zwangsinnungen liegt in derselben Richtung — liegt ein

Strukturwandel im kapitalistischen System,

der zweifellos die Krise verschärft hat und ihren Ablauf verlangsamt.

Das ist am deutlichsten sichtbar in der **Störung des Preismechanismus**. Nach der kapitalistischen Theorie brauchen sich bekanntlich die Menschen gar nicht um die Wirtschaft zu kümmern. Da regulieren die sogenannten ökonomischen Gesetze, die Marktgesetze, alles automatisch.

Auf dem Glauben an den sicheren Automatismus beruht die Vorstellung, daß diese kapitalistische Wirtschaft ein vernünftiger Zustand sei. Aber nun kann der Mechanismus ja gar nicht mehr funktionieren. Er ist gestört worden,

weil die marktbeherrschenden Organisationen sich dem Druck auf die Preise widersetzt und verhindert haben, daß die Preise so sinken konnten, wie es sonst der Fall gewesen wäre,

weil die Reihenfolge der notwendigen Preissenkung in der Krise durch die marktbeherrschenden Organisationen umgedreht worden ist.

Früher stürzten in einer Krise erst die Rohstoffpreise,

das setzte sich über die Halbfabrikatpreise fort bis in die Spitze der Produktionspyramide,

wenn an der Basis der Sturz anfing, waren die Voraussetzungen für die Ueberwindung der Krise eingeleitet.

Heute sitzen an der Basis der Produktion die monopolkapitalistischen Organisationen, und gerade da ist der Widerstand gegen die Preissenkung am heftigsten.

Heute verläuft in der Krise die Reihenfolge der Preissenkungen genau umgekehrt wie früher, sie hat angefangen bei der Fertigungsindustrie, und erst zuletzt waren die Kartellorganisationen der Schwerindustrie zu bewegen, überhaupt in eine Preissenkung einzutreten.

Das ist eine Störung des Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, die krisenverschärfend wirken muß.

Störungen auf dem Kapitalmarkte.

Die richtige Kapitalverteilung ist eine wesentliche Voraussetzung für den störungsfreien Ablauf der Wirtschaft, die kapitalistische Theorie nimmt an, daß die Kapitalverteilung automatisch immer richtig laufen müsse.

Das Kapital geht ja dahin, wo es die beste Rentabilität hat und flieht vor den Stätten sinkender Profite.

In der freien Konkurrenzwirtschaft: Ist an einer Stelle Ueberproduktion, dann sinken die Preise, die Betriebe dieses Wirtschaftszweiges werden unrentabel, und das Kapital ergreift schauernd die Flucht.

Wo andererseits die Produktion noch nicht für den Bedarf ausreicht, wachsen die Profite, steigt die Rente, und das Kapital kommt angeflogen. Das ist der automatische Ausgleich, der ja auch einigermaßen plausibel ist.

Aber nun kommt der organisierte Kapitalismus. **Er schafft künstliche Rentabilität mit Hilfe der Preisdiktatur.** Er kann eine Ueberproduktion machen, ohne daß die Preise sinken; und er kann seine Betriebe weit über die Ausnutzungsmöglichkeit ausbauen, ohne daß die Rentabilität sinkt.

Das Kapital reagiert aber nur auf die Rentabilität und fragt nicht danach, wie sie zustande kommt. So flieht das Kapital der Monopolwirtschaft zu, auch wenn die Produktionsanlagen schon viel zu groß sind.

Der Enquetebereich gibt von der Eisenindustrie ein besonders anschauliches Beispiel für Fehlleitung und volkswirtschaftliche Vergeudung von Kapital trotz der Kapitalknappheit.

Dadurch wird in doppelter Hinsicht die Volkswirtschaft gestört, einmal durch die falsche Kapitallenkung, zum andern, daß die Gesamtwirtschaft mit Kapital belastet wird, das, auch nach der kapitalistischen Rechnung, gar nicht mehr da sein dürfte.

Nach der kapitalistischen Theorie gibt es ja nicht nur einen Profit, sondern auch ein Kapitalrisiko, und wenn Unternehmen nicht mehr mitkommen können, müssen sie verschwinden, und das Kapital ist verloren. **Der Monopolkapitalismus hat aber diese Rechnung aufgehoben.**

Er erzwingt auch für die schon längst gestorbenen Kapitalien immer noch eine Rente. Die Kartellorganisationen kaufen überflüssige Betriebe auf und legen sie still. Die Stilllegung bedeutet: wir brauchen diese Betriebe nicht, sie sind volkswirtschaftlich überflüssig und also wertlos. Das Kapital verschwindet aber nicht, sondern bleibt in der Bilanz des Monopols erhalten. Es ist den Besitzern der stillgelegten Betriebe ausgezahlt worden, und muß vom Kartell verzinst werden. Das tut man aus den Taschen der Verbraucher. Die Ueberkapazität hat keinen Rentenanspruch. Sie bedeutet eine Kapitalvergeudung die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

7. Keine Kapitalbildung?

Es wird behauptet: gewiß, wir haben unsere Wirtschaft wieder sehr schön aufbauen können, aber ihr vergeßt ganz und gar, daß dieser Aufbau nicht aus den Leistungen der deutschen Wirtschaft stammt, sondern aus den Auslandskrediten, so daß also der neue deutsche Produktionsapparat eigentlich gar nicht das Eigentum der deutschen Wirtschaft, sondern der ausländischen Kapitalgeber ist. Auch diese Behauptung können wir glücklicherweise statistisch nachprüfen.

Wir haben gewiß eine Auslandsverschuldung. Wenn ein volkswirtschaftliches Kapital, das in Generationen aufgebaut worden ist, in wenigen Kriegsjahren vernichtet wird, dann kann man das nicht in wenigen Jahren schon wieder besitzen. Selbstverständlich mußten wir Auslandskapital hineinnehmen. Der Sinn dieser Auslandsverschuldung mußte aber bei vernünftiger wirtschaftlicher Ueberlegung der sein, das Auslandskapital zur Ankurbelung der Wirtschaft zu verwenden und dann mußte allerdings die Wirtschaft aus sich selbst heraus auch entsprechend größere Leistungen aufbringen.

Wir hatten Ende 1929 eine Auslandsverschuldung von insgesamt 27 Milliarden Reichsmark.

Demgegenüber stand aber auch schon wieder eine Summe von 10 Milliarden deutscher Guthaben im Auslande — ohne die Kapitalien, die ohne polizeiliche Abmeldung auswanderten.

Es bleibt also eine effektive Verschuldung von 17 Milliarden übrig, davon aber rund 8 Milliarden auf Reparationskonto, so daß für den Einbau in die deutsche Wirtschaft nicht einmal 10 Milliarden Auslandskapital verwendet werden konnten.

Was ist aber in Wirklichkeit investiert? Darüber haben wir eine interessante umfangreiche Statistik des Konjunkturinstituts. Danach sind in den Jahren 1924 bis 1929 in der deutschen Wirtschaft investiert worden

für Neuanlagen 26,8 Milliarden Reichsmark,
für Ersatzanlagen 26,2 Milliarden Reichsmark,
für Vorratsvermehrung 12,7 Milliarden Reichsmark,
insgesamt 65,7 Milliarden Reichsmark.

In den deutschen Sparkassen, also eingezahlt von kleinen Einkommen, sind die Einlagen von 1924 bis 1930 auf 10½ Milliarden gewachsen. Der Krieg und die Inflation hatten den Stock von 20 Milliarden, der 1913 vorhanden war, vernichtet. (Auf den heutigen Stand berechnet waren es 30.)

Diese Statistik kann nicht einmal vollständig sein, aber sie allein beweist schon,

daß die innere Kapitalbildung in diesen Jahren einen Umfang gehabt hat, der nicht hinter den besten Jahren der Vorkriegszeit zurücksteht. Das gegenüber der ewigen Behauptung, die Wirtschaft wäre so gedrosselt gewesen, daß überhaupt eine Kapitalbildung nicht möglich gewesen sei.

**Die Kapitalnot ist da, weil in wenigen Jahren
das erforderliche volkswirtschaftliche Kapital in der eigenen
Wirtschaft nicht neu geschaffen werden kann,
das vorhandene Kapital unvernünftig verwendet worden ist,
durch große Fehlinvestitionen das vorhandene Kapital verschwendet
wurde.**

Es gibt kein Rezept, das uns erlaubt, auf absehbare Zeit auf die Inanspruchnahme des ausländischen Kapitals zu verzichten. Das einzige, was wir vernünftigerweise tun können, ist, daß wir den Bezug dieses Kapitals erleichtern, und daß wir dafür sorgen, dieses Kapital billiger zu bekommen als bisher.

Das bedeutete eine Außenpolitik, die uns wieder kreditwürdig in der ganzen Welt machte, die uns aus der Stellung wieder herausbrächte, in die wir durch den Krieg gekommen sind, aus der Stellung, die früher gewisse südamerikanische Staaten hatten, die für die Unsicherheit ihrer Verhältnisse eine Risikoprämie zahlen mußten. Diese Risikoprämie zahlen wir heute auch noch.

Dafür, daß die Hugenberg und Hitler in der Republik ihre Kriegstänze in voller Freiheit aufführen dürfen, bezahlt das deutsche Volk eine zusätzliche Zinsbelastung, die sich neben den Reparationslasten sehen lassen kann.

8. Verkümmern der Wirtschaft durch Kapitalsperre.

Die Kapitalnot wäre nicht so drückend geworden, wenn nicht eine wahnsinnige Politik bei der Auslandskreditbeschaffung betrieben worden wäre. In der Zeit, in der es möglich gewesen wäre, für die deutsche Wirtschaft langfristige und billige Auslandskredite zu bekommen, hat man künstlich Barrieren aufgerichtet und nicht zu viel Kredit in unsere kapitalarme Wirtschaft hineingelassen.

Wenn Persönlichkeiten für die Notlage, in der wir sind, verantwortlich gemacht werden müssen, dann muß Herr Dr. Schacht dabei genannt werden.

Er hat es damit begründet, daß die **Absperrung vom Auslandskapital aus währungspolitischen Gründen** notwendig gewesen sei. Vor dem Enqueteauschuß siegte er. Er wollte Reparationspolitik machen, wollte Politikern und Staatsmännern zeigen, wie man schnell die Reparationslasten aufheben kann. Schacht hat sich eingebildet

wenn wir keine Auslandskredite mehr bekommen, werden wir keine Reparationen zahlen können,
dann werden die Gläubigerstaaten schleunigst zusammentreten und beschließen, Deutschland braucht keine Reparationen mehr zu zahlen.

Wenn der verstorbene Reichsbankpräsident halb so viel politischen Verstand besäße, wie er damals amtliche Machtvollkommenheiten hatte, wäre er nie auf diesen naiven Einfall gekommen.

Die deutsche Wirtschaft hat es bezahlen müssen, besonders die Kommunen, daß diese Politik gemacht wurde.

Die Kommunen hätten damals leicht ihre kurzfristige Verschuldung an deutsche Inlandsbanken mit einer Zinsverpflichtung von 9 bis 13% in langfristige Auslandsanleihen für 7 und 8% umwandeln können.

Schacht hat das verhindert: **die Kommunen blieben an der Strippe der kurzfristigen Verschuldung hängen.**

Das war nicht nur eine zusätzliche Zinsbelastung. Wir haben in Berlin das schmerzliche Ereignis erlebt, daß die kommunalen Elektrizitätswerke an die Privatwirtschaft verkauft werden mußten. Diese Wirkung ist Schacht ganz gewiß nicht unsympathisch gewesen. **An dem Tage dieses Verkaufs ist er mit einem glänzend bezahlten Aufsichtsratsposten in die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen eingetreten.** Daß diese beiden Tatsachen im Zusammenhang miteinander stehen, wird der Herr Dr. Schacht uns erlauben müssen zu vermuten. Er kann sich allerdings darauf berufen, daß Beamte aus ihren Staatsstellungen in hochbezahlte Stellen der Privatwirtschaft übergehen, wenn sie vorher in ihrer amtlichen Eigenschaft Entscheidungen zu treffen hatten, die der Privatgesellschaft, in die sie später eingetreten sind, große finanzielle Vorteile brachten. Wenn das Unternehmertum von der Korruption der

öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Lebens redet, werden allerdings diese Fälle niemals mit aufgezählt.

Strukturwandlungen im Unternehmertum.

Der Typ **des individuellen Unternehmers** ist aus dem Schwerpunkt der Wirtschaft hinausgedrängt worden. In der Mitte stehen die privatgesellschaftlichen Unternehmungsformen. Die Aktiengesellschaften und andern Gesellschaften sind es, die heute das Wirtschaftswesen beherrschen. Nach der kapitalistischen Ideologie gibt es wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt nur durch die Initiative, den Erfindungsgeist, den Wagemut des persönlichen Unternehmers, der, angestachelt durch die Aussicht auf Profit, die wirtschaftliche Entwicklung vorwärtstreibt. Damit er aber keine volkswirtschaftlichen Dummheiten machen kann, ist ihm die Gefahr des Kapitalrisikos zur Seite gegeben. So wird die **Profitgier als eine volkswirtschaftliche Tugend idealisiert**. In der sozialistischen Wirtschaft dagegen, wo man den „festbefohlenen Wirtschaftsbeamten“ hat, da hört angeblich aller wirtschaftlicher Fortschritt auf.

Was ist aus dieser freien Unternehmerpersönlichkeit geworden.

Nach der Betriebszählung von 1925 waren zwar von allen wirtschaftlichen Unternehmungen noch 94 % persönliche Inhaberbetriebe, aber in ihnen waren nur noch 45 % der überhaupt Beschäftigten.

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist von 2143 im Jahre 1886 auf 11344 im Jahre 1929, das gesamte Aktienkapital von 4,8 auf 23,7 Milliarden gestiegen.

Nach der Konzernstatistik für 1927 waren nicht weniger als 62 % des gesamten Aktienkapitals konzernmäßig untereinander verbunden.

Das ist ein Beweis dafür, daß diese Unternehmensart auch im freien Konkurrenzkampf dem persönlichen Unternehmer überlegen ist.

Und dabei haben sich doch die Leiter dieser gesellschaftlichen Unternehmungen von der freien Unternehmerpersönlichkeit zum Wirtschaftsbeamten entwickelt. Ohne ein persönliches Kapitalrisiko zu tragen hatten, beibehalten. Das Unternehmertum predigt der öffentlichen Verwaltung ebenso Enthaltbarkeit wie den Arbeitern.

Was man über die Einkommensverhältnisse der leitenden Persönlichkeiten in den Gesellschaftsunternehmungen erfährt, das läßt aber nichts davon erkennen, daß wir uns in einer so furchtbaren Notlage befinden.

Selbst amerikanische Wirtschaftler haben schon ihr Erstaunen über die hohe Dotierung der Unternehmerfunktion in der deutschen Wirtschaft ausgedrückt. Auch wir üben heftige Kritik an den zu hohen Gehältern in der öffentlichen Wirtschaft. Die privaten Unternehmerrreise sind in dieser Kritik aber sehr viel heftiger. Es liegt aber tatsächlich so, daß die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe durch die Geflogenheit der Privatwirtschaft in eine üble Lage gebracht werden, weil die Einkommensbegriffe des privaten Unternehmertums natürlich abfärben auf die Denkweise der öffentlichen Wirtschaftsführer.

Wie sich die Gehälter der leitenden Persönlichkeiten verändern, wenn öffentliche Betriebe dem privatwirtschaftlichen Einfluß unterstellt werden, dafür haben wir einige sehr anschauliche Beispiele. Der Generaldirektor der Reichsbahn erhält neben freier Dienstwohnung ein Jahresgehalt von 122000 Reichsmark. Der Reichsbankpräsident bekommt 200000 Reichsmark, die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums je 100000 Reichsmark. Das sind Gehälter, die das Vielfache eines Ministergehalts betragen und damit allerdings immer noch nicht die Gehälter erreichen, die in den großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen gezahlt werden, zum Beispiel Cuno mit 600000 Reichsmark. Es scheint also, als ob die Funktion der Wirtschaftsbeamten doch nicht als so minderwertig eingeschätzt wird.

Der viel genannte Rechts-Rechtsanwalt Dr. Luetgebrunne hat, wie aus einer Sammlungsabrechnung bekannt wurde, für 364 Verteidigungstage im Bombenlegerprozeß rund 85000 Reichsmark erhalten. Verlangt hatte er 125000 Reichsmark.

9. Um Krankenlager des Kapitalismus

stehen wir nicht nur als Diagnostiker, sondern auch als Arzt, der heilen will, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte?

Wir sind nämlich dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe. Manchmal glaubt der eine, die Notlage derjenigen, die davon abhängen, daß der Patient gesund wird, erfordere, alles zu tun, um den Patienten zu heilen; der andere meint, jetzt, wo er schon röchelt, sei es richtig, ihm den Gnadenstoß zu geben.

Der Patient selbst barmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die dahinter stehen. Wenn der Patient röchelt, hungern die Massen draußen.

Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, die den Patienten nicht heilt, aber sein Röcheln lindert, so daß die Massen draußen wieder mehr zu essen bekommen, dann geben wir ihm die Medizin und denken im Augenblick nicht so sehr daran, daß wir doch Erben sind und sein baldiges Ende erwarten.

Sollten wir den Zusammenbruch gewaltsam herbeiführen und beschleunigen, damit in der gegenwärtigen Krise durch einen vollständigen Zusammenbruch wirklich die kapitalistische Wirtschaftsordnung erledigt wäre?

Was bedeutet denn überhaupt ein Zusammenbruch der Wirtschaft, von dem in radikalen Kreisen die Rede ist?

Man sagt, wir haben doch schon den Zusammenbruch der Wirtschaft! Ja, aber er reicht offenbar nicht aus, um das kapitalistische System zu erledigen. Die heutigen Leiden der Massen noch unerhört vermehren wollen, das können wir ja gar nicht! Und wenn wir den Mut dazu fänden, dann wären wir bald eine Bewegung ohne Arbeiterklasse.

Wenn man die Empfindungen, die die deutsche Arbeiterklasse, wenn auch manchmal nur im Unterbewußtsein, hat, ganz genau untersucht, dann will die organisierte Arbeiterschaft den Sturz des kapitalistischen Systems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft. Sie will den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer Lage, nicht aber als eine noch weitere Verschlechterung.

10. Der Angriff auf die Löhne.

Das Unternehmertum benutzt die ungeheure Arbeitslosigkeit zu einem skrupellosen und brutalen Angriff auf die Löhne.

Dieser Kampf gegen den Lohn ist seinen Motiven nach nichts weiter als soziale Brutalität, die Befriedigung eines Machtzweckes, der sich in dieser Zeit bei den Unternehmern regt, und eine stupide volkswirtschaftliche Tradition, die den kapitalistischen Enkel genau so denken läßt wie den kapitalistischen Urgroßvater.

Es ist nämlich etwas ganz anderes, ob wir 20% wie 1850 der Bevölkerung als Lohnarbeiter haben oder 70%. Wenn aber 70% der Bevölkerung auf Lohnneinkommen angewiesen sind, dann steckt darin die entscheidende Kaufkraft der ganzen Nation.

Je weiter die kapitalistische Wirtschaft fortschreitet, um so abhängiger wird auch die kapitalistische Klasse von der Klasse der Lohnarbeiter, denn sie wird abhängig von der Konsumkraft der Lohnarbeiter.

Das ist einer der fundamentalen Widersprüche im kapitalistischen System,

daß der Kapitalist nicht anders handeln kann, als immer den Lohn zu drücken,
und daß dennoch die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Gegenteil erfordert, nämlich eine Erhöhung der Löhne, eine Stärkung der Kaufkraft.

Es ist eine Tatsache, die wir oft genug festgestellt haben, daß der Lohnfaktor in vielen Preisen nur noch eine kleine Rolle spielt. Daß die Löhne zum Beispiel in den Hochofenbetrieben nur 7% der Gesteungskosten ausmachen, in den Textilindustrien 15 bis 18%, in der Automobilindustrie 20%.

Die kapitalistische Wirtschaft kommt also hier nicht weiter. Sie kommt in Widerspruch zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und den Handlungen, zu denen sie nach den Trieben, die im kapitalistischen System stecken, gezwungen ist.

Immerhin steckt auch in dieser Methode eine kapitalistische Logik. Wenn wir auch glauben, der Konsum sei das Wichtigste und deswegen sei die Wirtschaft überhaupt nur da, für die Kapitalisten ist die Kapitalerzeugung der eigentliche Sinn der Wirtschaft.

Die technische Methode der Kapitalakkumulation vollzieht sich in der Anhäufung von Produktionsmitteln. Es ist also logisch, daß die Kapitalisten lieber Produktionsmittel als Konsumgüter erzeugen.

Das gesellschaftliche Interesse heißt: mehr Brot! das kapitalistische Interesse: mehr Backöfen!

Damit ist der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem und kapitalistischem Interesse am besten ausgedrückt.

Daß die Anhäufung von Produktionsmitteln immer eine Vermehrung des Kapitals sei, erweist sich als ein Trugschluß. Es stellt sich heraus, daß der Kapitalwert eines Unternehmens sich nicht danach berechnet, was hineingesteckt

wird, sondern danach, was an absatzfähigen Erzeugnissen wieder herauskommt Und wo nichts mehr herauskommen kann, kommt der große Zerstörungsprozeß, der Abbau der überschüssigen Produktionsanlagen, und dann wird die Vergeudung des volkswirtschaftlichen Kapitals deutlich sichtbar als vergebliches Opfer, das durch die Entbehrungen des Konsums aufgebracht worden ist.

Die Kaufkraft weiter vernichten kann ja nichts anderes bedeuten, als die Wirtschaft weiter zu zerstören.

11. Her mit der 40=Stunden=Woche!

Die Altersschwäche des kapitalistischen Systems ist untrennbar mit einer Verkalkung auch des kapitalistischen Denkapparates verbunden. Der verstorbene **Hugo Stinnes** hat für die Zukunft proklamiert: Wenn das deutsche Volk nicht den Mut aufbringt, sich vom 8-Stunden-Tag loszusagen und zum 10-Stunden-Tag zurückzukehren, dann kann es niemals wieder seine alten Lebensbedingungen finden. Das wurde damals als ein Evangelium aufgenommen und blieb Unternehmerweisheit höchster und letzter Schluß. Heute hat niemand mehr so recht den Mut, sich noch zu dieser These zu bekennen.

Es ist nicht mehr die Rede davon, daß der 8-Stunden-Tag zu kurz ist, man kann nur noch darüber diskutieren, um wieviel er zu lang ist.

Der Arbeitsmarkt redet in dieser Beziehung eine deutliche und eindeutige Sprache. In Konjunkturzeiten wird er nicht mehr leer, und in der Krise wird er zur ständigen Gefahr für den Bestand der Gesellschaft überhaupt.

5 Millionen Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, 20 Millionen auf der Erde! Und diese Ziffern sind auch in diesen Monaten der saisonmäßigen Entlastung nur wenig zurückgegangen. Kann man jetzt überhaupt noch die Hoffnung haben, daß selbst bei einem Ansteigen der Konjunktur der Arbeitsmarkt wieder normal werden könnte?

Beim Arbeitslosenproblem sieht es noch schlimmer aus, als es mancher für gewöhnlich ansieht.

Die Industrie stößt ab. Sie nimmt nicht mehr — wie früher — auf. Wenn wir in der großen Entwicklungsklinie die Dinge betrachten, haben sich nämlich neben der produktiven Wirtschaft Beschäftigungsgebiete aufgetan, die in einem schnelleren Tempo Personen in der Güterverteilung aufnahmen, als der Bevölkerungszuwachs ausmachte.

Wir haben eine starke personelle Aufblähung des Handels nicht allein aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern als eine Flucht vor der Arbeitslosigkeit. Sehr viele, die einen andern Weg nicht mehr sahen, haben sich in den Handel hineingeflüchtet. Wir bezahlen dafür auch eine zusätzliche Arbeitslosenunterstützung, nämlich durch die erhöhte Preisspanne zwischen Gestehungskosten und Konsumentenpreisen. Diese Tatsachen werden durch zwei Ziffern illustriert:

Vor dem Krieg gingen 70 % des Erlöses aus den volkswirtschaftlichen Gütern an die Produktion und 30 % an die Güterverteilung; heute gehen nur noch 57 % an die Produktionswirtschaft und 43 % an die Güterverteilung.

Wir werden in Zukunft auf diese Beschäftigungsgebiete einen sehr starken Druck bekommen. In dieses Gebiet, das bisher Menschen aufgenommen hat, die in der Landwirtschaft oder sonst überflüssig wurden und uns zuwuchsen,

werden in Zukunft Menschen nicht mehr in gleichem Maße aufgenommen werden können, sondern auch von dort abgestoßen werden.
Darum ist unsere Forderung der 40-Stunden-Woche keine vorübergehende Forderung für die Krise, sie ist vielmehr Dauerforderung; sie ist für die nächsten Jahre das wichtigste Kampfobjekt der Arbeiterklasse, der politischen wie der gewerkschaftlichen.

12. Endgültige Krise des Kapitalismus?

Was sollen wir aus der gegenwärtigen ökonomischen Krise für **Schlussfolgerungen für den Bestand des kapitalistischen Systems** ziehen? Einige glauben, die Zeichen dafür sehen zu können, das es sich diesmal nicht mehr um eine der zyklusmäßigen Krisen des kapitalistischen Systems handelt, sondern daß wir die **entscheidende Krise** des kapitalistischen Systems vor uns haben, die mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus enden müsse. Die gegenwärtige Krise ist zweifellos umfangreicher und in ihren Wirkungen tiefer als alle früheren Krisen. Das erklärt sich:

aus dem **Eingriff des Weltkrieges** in das ganze Getriebe der Weltwirtschaft,
daß die **Verbundenheit der Volkswirtschaften** in der Weltwirtschaft sehr viel enger geworden ist,
den **künstlichen Störungen durch die Politik** und
die **Reparationszahlungen**, durch
die **Strukturwandlungen innerhalb des kapitalistischen Systems**.

Die Krise muß auch schon deswegen schwerer sein, weil eine **Industrie-krise mit einer Agrarkrise** zusammengefallen ist, was wir bisher nur einmal in der Weltwirtschaftsgeschichte erlebt haben.

Trotz dieser Häufung von Krisenursachen wird die Wirtschaft die Wege finden, die wieder zum Aufstieg führen. Die **starke Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise** sind nach allen früheren Krisenerfahrungen schon die **sichtbaren Anzeichen** dafür, daß ein **Umschwung sich vorbereitet**, was natürlich noch nichts über die Zeitdauer der Krise sagt.

13. Wie kann die Krise überwunden werden?

Wir sind nicht in der Lage, ein ganz neues Mittel, ein Generalrezept vorzulegen, das mit einem Schlage helfen könnte. Wir haben auch keine Vorstellungen von der sogenannten „revolutionären Aktion“, mit der die Krise kurzerhand aus der Welt geschafft werden könnte. Wir müssen der Wirtschaft diejenigen Mittel sichern, die sie nach der kapitalistischen Wirtschaftstechnik gebraucht. Dazu gehört nach der gegenwärtigen Situation in erster Linie **eine ausreichende Kapitalversorgung**. Die Vorstellung, daß man die **Kapitalversorgung beschleunigen könne durch Einschränkung des Konsums** hat ja durch die gegenwärtigen Zustände einen vollkommenen Zusammenbruch erlitten. Noch auf lange Zeit hinaus sind wir genötigt, **den Weltkapitalmarkt in Anspruch zu nehmen**, und unsere Politik muß danach gerichtet sein, diese Möglichkeiten zu erweitern und zu erleichtern.

Das führt uns auf den Boden der internationalen Politik. Die großen **Stauungen im internationalen Kapitalverkehr** sind wesentlich verursacht worden **durch politische Faktoren**, und die Gespanntheit der Welt-politik verhindert auch, daß der Kapitalstrom wieder in normale Bahnen kommt.

Wir fordern:

- endgültige **Sicherung des Weltfriedens** und der internationalen **Abrüstung**,
- daß die internationale Politik sich bewusst der **Regelung des Kapitalstroms** annimmt,
- daß sie **Maßnahmen trifft gegen die Kapital- und Steuerflucht** aus den einzelnen Ländern,
- daß ein **Strich gemacht werden muß durch die Reparationszahlungen**,
- gleichzeitig **einen Strich durch die internationalen Kriegsschulden**.

Diese Forderungen bedeuten keine Schwenkung in unserer Reparationspolitik. Nun ist ganz deutlich geworden, wie dieses Reparationssystem ein **Störenfried für die ganze Weltwirtschaft** ist.

Für die innere Wirtschaftspolitik fordern wir:

- Eine scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus** (und wir haben dafür ja schon einen fertigen Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt);
- Abbau der Zollmauern** auch im Rahmen unserer nationalen Politik, nicht aber eine geradezu wahnsinnige Hochschutzzollpolitik. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Landwirtschaft; die Möglichkeiten für eine vernünftige Agrarpolitik liegen in unserm Agrarprogramm verankert;
- eine systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik**, **eine planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand**. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft bei der Gesamtregelung

der Volkswirtschaft versagt — und wir haben gesehen, daß sie nach ihrer inneren Strukturveränderung immer mehr versagen muß —, um so dringlicher wird diese Aufgabe für den Staat und die andern Organe der Gesellschaft;

eine Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und die Kreditinstitute, um den Kapitalverkehr zu regeln und die verderblichen Fehlanlagen von Kapital zu verhindern;

einen weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Abgesehen von allem andern heißt auch das eine Verstärkung der Möglichkeiten, systematische Konjunkturpolitik zu treiben;

gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche;

eine aktive Lohnpolitik zur Erhöhung des Reallohnes und zur Verstärkung der Massenkaukraft;

Sozialpolitik und die Erhaltung der sozialen Einrichtungen und ihren weiteren Ausbau, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen.

14. Das russische Beispiel.

Was bedeutet dieses Beispiel für uns? Wir brauchen uns gar nicht einmal so sehr damit zu beschäftigen, wie dieses Beispiel in Rußland selbst gewirkt hat. Die Einbildung, als ob das russische Experiment für das russische Volk die Befreiung aus sozialer Not schon gebracht hätte, wird ja niemand von uns teilen wollen und behaupten auch die Russen nicht.

Das russische Volk ist seit 14 Jahren in einem Hölleental des Elends herumgeführt worden, das schlimmer ist als das Elend in der kapitalistischen Wirtschaft.

Es wäre töricht von uns, wenn wir mit einer gewissen Schadenfreude auf den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft warten wollten. Die Bolschewiki haben zur Mißkreditierung der sozialistischen Idee in aller Welt so viel getan, daß wir Sozialisten wünschen müssen, es möchte ihnen auch einmal ein großer positiver Erfolg gelingen.

Wir sind gezwungen, die Rußanwendung aus dem russischen Beispiel unter Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Struktur, die wir haben, zu ziehen, auch unter Berücksichtigung der Kulturhöhe unseres Volkes.

Die deutsche Arbeiterklasse würde sich in ein solches Elend nicht hinein-führen lassen, sie würde nicht Jahrzehnte darin verbleiben, ohne sich gegen das Regime zu erheben. **Es gäbe keine Gewalt der Diktatur, die eine Arbeiterklasse, von der Aufklärung und von den Kulturbedürfnissen der deutschen, davon abhalten könnte, sich gegen ein solches Regime mit Gewalt zu erheben.**

Die verschiedenartige Struktur der beiden Volkswirtschaften.

In Rußland entfielen nach der Volkszählung vom Jahre 1925 nicht weniger als 87% der Bevölkerung auf die Landwirtschaft. Die soziale Revolution, die in Rußland für die Landwirtschaft durchgeführt worden ist, war eine verflucht einfache Sache. Aber während des ersten Jahrzehnts und noch etwas länger bestand die soziale Revolution für die Landwirtschaft doch nur darin, daß man den Landproletariern, soweit der Boden ausreichte, ein Stück Ackerland gab.

Der russische Fünfjahresplan soll die Industriestätten in Rußland schaffen. Er soll nachholen, was in industrieller Ausrüstung bisher — Krieg, Bürgerkrieg — seit 1914 veräümt worden ist.

Um das zu erreichen, werden der Bevölkerung in Konsumgütern Ent-behrungen auferlegt —

Rettestehen bei Lebensmitteln;

Getreideangebot unter Erzeugungskosten auf dem Weltmarkt, während die Bevölkerung hungert;

Schleichhandelspreise für freie Lebensmittel; Butter 25 Rubel, ein Ei 1 Rubel;

Kartensystem für die zwangsbewirtschafteten Güter;

Fehlen von Bekleidung und Fußzeug;

kleinster Wohnraum, 8 qm pro Kopf.

Das wird getragen in Hoffnung auf bessere Zukunft. In Deutschland ist es umgekehrt.

Die industrielle Ausrüstung ist verhältnismäßig zu groß. Die Erzeugung ist größer als die Kaufkraft. Nicht Produktionsmittel fehlen, sondern der Absatz.

In Deutschland dürfte nicht gespart, sondern es müßte verschwendet werden.

Bleib auf dem Lande und nähre dich redlich!

Wer auf dem Lande lebt, der hat die Grundlagen seiner Existenz in der eigenen Hand, um den braucht sich die Gesellschaft nicht weiter zu kümmern. Damit war für sechs Siebentel des ganzen russischen Volkes die soziale Frage vorläufig gelöst, und das Experiment konnte sich auf das übrige eine Siebentel konzentrieren, auf den geringen Ausschnitt der Industrie- und Verkehrswirtschaft innerhalb der russischen Volkswirtschaft. Daß die soziale Frage nicht durch diese Aufforderung gelöst wurde, wissen wir alle. Wie die russische Landwirtschaft von furchtbaren sozialen Krisen geschüttelt worden ist, wie die hungernden Massen, die verzweifelt in die Städte strömten, immer wieder erbarmungslos auf das Land hinausgejagt worden sind, ist bekannt.

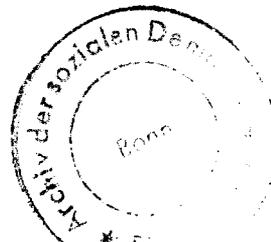
Wir erkennen nicht an, daß die soziale Frage für die russische Bauernschaft gelöst sei. Gemessen an dem, was in der russischen Industriewirtschaft geschehen ist, ist die Lage der russischen Landwirtschaft noch glänzend gewesen.

Das russische Beispiel in der Industriewirtschaft?

Da bedeutete es völlige Zertrümmerung des gesamten Produktionsapparates. Jahre hindurch sind die Leistungen der Industriewirtschaft auf einen lächerlichen Bruchteil dessen zusammengeschrumpft, was früher da war. Wenn die russische Industriearbeiterschaft in dem ersten Jahrzehnt ihres nachrevolutionären Daseins von dem hätte leben müssen, was sie selbst erzeugte, dann wäre sie durch Hunger und Verelendung dezimiert worden.

Das ist aber das Problem für uns. Wie man mit einem einzigen Ruck eine Industriewirtschaft vom kapitalistischen auf das sozialistische System umstellen kann, das wissen wir nicht, und darüber gibt uns das russische Beispiel keine andere Antwort, als daß wir es so unmöglich machen können.

Der Uebergang ist gar nicht anders vorstellbar, als in der Form eines Umwandlungsprozesses, und zwar in Etappen, ein Prozeß, bei dem die gesellschaftlichen Kräfte in der Wirtschaft sich fortgesetzt über die privatwirtschaftlichen Kräfte hinaus weiterentwickeln müssen, bei dem aber in jeder Situation die Wirtschaft selbst erhalten bleiben muß.



15. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Rußland.

In Deutschland leben nach der Zählung im Jahre 1925 von Gewerbe, Handel und Industrie 76 %, von der Landwirtschaft 24 % der Bevölkerung. Dabei sind zur Landwirtschaft auch die kleinsten Betriebe gerechnet.

An Lohnarbeitern aller Arten (Arbeiter, Angestellte und Beamte) sind in Deutschland etwa 65 % der Erwerbstätigen vorhanden. Hinzugerechnet müssen werden die mithelfenden Familienangehörigen.

Die Bevölkerungsdichte beträgt in Deutschland pro Quadratkilometer 136, im europäischen Rußland etwa 35, in der Gesamtunion der Sowjetrepubliken 15.

In den Revolutionen im März und Oktober 1917 wanderten aus den russischen Großstädten Petrograd, Moskau Millionen ab aufs Land in den Nir. Dort hatten sie Ansprüche an das Land.

Man stelle sich die Millionenstädte in Deutschland abgeschnitten vom Verkehr, von Lebensmitteln, von Kohlen vor. Raum im Lande ist nicht vorhanden.

16. Wie in Rußland sich die Dinge ansehen, schildert ein Freund:

„Wossische Zeitung“, Nummer 142 1931.

Die Schrift an der Wand.

In der Sowjetunion scheint die Lebensmittelnot schärfer als je zu sein. Täglich treffen Briefe aus Rußland ein... Bitten um Lebensmittel. „Sendet uns, was Ihr könnt...“ „Vielleicht sogar ein Stückchen Wurst...“

Ein Brief aus der Ukraine fleht um etwas gutes, weißes Mehl für einen Kranken. Ein Ruf um Mehl aus der Ukraine, der „Brotkammer Europas“! Am häufigsten sind die Rufe um Butter.

Also geht man in Berlin in einen Lebensmittelladen und bittet um recht haltbare und gute Butter, zur Versendung nach Rußland. Die Antwort lautet: „Ja, bitte, hier, das ist die haltbarste Butter. Sibirische Butter!“ Man sendet russische Butter aus Berlin Hungernden nach Rußland!

Genau so geht es einigen Konserven, die aus Rußland kamen und nun über Berlin wieder nach Rußland wandern!

Neulich traf wieder einmal ein großer Lebensmitteltransport aus der Sowjetunion an der lettischen Grenze ein. Beamte öffneten die plombierten Wagen und lasen in großen unbeholfenen russischen Buchstaben an die innere Wand des Wagens geschrieben, folgende Aufschrift:

„Wam Possilajem a Samt Golodajemm“, auf Deutsch: „Selber hungern wir, euch aber senden wir“!

Durch alle Kontrollen hindurch blieb diese Aufschrift im Eisenbahnwagen unbeachtet und stand nun anklagend an der Wand über den großen Paketen mit Lebensmitteln.

R. G.

17. So groß das Elend heute ist, um wieviel würde es noch größer sein, wenn die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch in ihrer ursprünglichen Gestalt bestände.

Früher war nur die erbärmliche und entehrende Armenunterstützung vorhanden und nur für arbeitsunfähige alte und gebrechliche Leute. Für das Jahr 1885, mitten in einer schweren Dauerkrise, ähnlich der heutige, ist eine Statistik über die Gesamtkosten der Armenfürsorge gemacht worden. Im ganzen Reichsgebiet sind damals ganze 91 Millionen Mark für die Armenfürsorge ausgegeben worden.

Was den Erwerbslosen in der Vorkriegszeit an Unterstützung zur Verfügung stand, das waren allein die gewerkschaftlichen Unterstützungen. Aber um welche Summen handelte es sich dabei? Im Jahre 1907 zum Beispiel haben die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften insgesamt 5½ Millionen Reichsmark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Die Höchstsumme wurde im Jahre 1913, dem Jahre der höchsten Arbeitslosigkeit, mit 13 Millionen Reichsmark erreicht.

Die Aufwendungen der staatlichen Arbeitslosenversicherung im Jahre 1931 haben sich auf rund 3 Milliarden Reichsmark belaufen! Die gesamten Aufwendungen der Krankenversicherung, Invaliden- und Angestelltenversicherung wie der Arbeitslosenversicherung betrugen im Jahre 1929: 6968 Millionen, im Jahre 1913: waren es 1114 Millionen Reichsmark.

Die Zuschußleistung aus öffentlichen Mitteln war 1913: 58½ Millionen; 1929: 1576 Millionen Reichsmark.

Nein, wir sind davon überzeugt, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft damit noch längst nicht erschöpft ist, und daß andererseits mit dem vermehrten Zwange zu sozialen Leistungen auch die produktiver Leistungsfähigkeit der Wirtschaft selbst gefördert wird. Die Arbeiterklasse aber muß begreifen, daß in diesen Dingen auch ein Stück verwirklichter Sozialismus steckt, und daß die Erweiterung der sozialen Funktionen der Gesellschaft eben auch Entwicklung zum Sozialismus bedeutet.

Die materialistische Geschichtsauffassung erklärt das gesellschaftliche Bewußtsein aus dem ökonomischen Sein. Wenn wir in das öffentliche Leben der Gegenwart hineinschauen, dann sehen wir eine starke „antimarxistische“ Bewegung. Aber diese Massen, die sich unter dem Hakenkreuz versammelt haben, sind wahrhaftig alles andere als Preiskämpfer für den Kapitalismus. Sie sind in Bewegung gesetzt worden durch die radikalsten antikapitalistischen Parolen und Phrasen. Diese armen Teufel fühlen die brutale Faust des Kapitalismus im Genick, sie möchten sich davon befreien, aber sie wissen nur noch nicht wie.

Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die großen Hilfstruppen der antimarginalistischen Bewegung von einer scharfen Feindschaft gegen das kapitalistische System erfüllt sind. **Sie haben schon gelernt, den Kapitalismus zu verfluchen. Sie haben nur noch nicht den Sozialismus begriffen.** In der Geschichte unserer Bewegung war erst der utopische Sozialismus, dann der wissenschaftliche: erst die gefühlsmäßige Ablehnung der geltenden Wirtschaftsordnung, dann das verstandesmäßige Erfassen des Weges, der zum Ziele führt. Diese Entwicklung wird sich auch sicher bei großen Teilen der Massen, die heute zur Hakenkreuzfahne schwören, wiederholen, und dann dürfte sich herausstellen, daß im „Braunen Hause“ in München mehr Kräfte für uns gedrickt werden als für den Kapitalismus.

Auch bei großen Teilen des selbständigen Mittelstandes und sogar bis weit in die Reihen des Unternehmertums hinein sind heute zum mindesten bange Zweifel entstanden, ob das kapitalistische System der ökonomischen Weisheit letzter Schluß sei. Einen besonders starken Beweis für die Umwandlung der gesellschaftlichen Ideologie gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung haben wir in den letzten Wochen erfahren durch den neuen Papstbrief, Quadragesimo anno (Nach 40 Jahren).

„Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Ueberreicher zusammengeballt, aber auf der andern Seite eine unübersehbare Masse von nur Lohnarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerlässlich.“

18. Der Einfluß der Organisation auf die Staatsausgaben.

Nach den Angaben der Forschungsstelle für Wirtschaftskonjunktur ist das **Volkseinkommen in Deutschland** von zirka 55 Milliarden Reichsmark im Jahre 1925 auf annähernd 70 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929 gestiegen. Die Steigerung beträgt etwa 20 bis 23% im Jahre 1930. Nach den bisherigen Schätzungen für 1931 ist es 55 Milliarden Reichsmark.

Soziale Aufwendungen:

Kaiserreich: 1371,2 Millionen!

Republik: 7368,5 Millionen!

Darum geht der Kampf.

Nach den amtlichen Berichten über die deutsche Sozialversicherung wurden für soziale Zwecke aufgebracht in den Jahren:

Versicherungszweige	1913	1924 in Millionen Mark	1929
Krankenversicherung	582,8	1070,1	2150,0
Anfallversicherung	226,8	144,9	400,5
Invalidenversicherung	290,0	362,5	1092,0
Angestelltenversicherung	138,1	129,4	372,0
Rnappschafftliche Pensionsversicherung..	75,0	147,3	239,3
Arbeitslosenversicherung	—	222,4	1538,6
Summe A...	1312,7	2076,6	5792,4

Zuschußleistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden

Versicherungszweige	1913	1924 in Millionen Mark	1929
Krankenversicherung	—	9,4	27,0
Invalidenversicherung	58,5	109,0	451,0
Rnappschäftsversicherung	—	—	56,0
Arbeitslosenversicherung	—	180,9	1042,1
Summe B...	58,5	299,3	1576,1

Summe A und B zusammen... 1371,2 2375,9 7368,5

Der gesamte Sozialaufwand des Kaiserreichs betrug (1913) 1371,2 Millionen, der Sozialaufwand der viel ärmeren Republik aber (1929) 7368,5 Millionen Mark.

Nicht einbezogen sind in diese Summe die 2,5 Milliarden, die in der Republik jährlich für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen verausgabt werden müssen. Also sogar abgesehen von dieser Fürsorge für die Kriegsoffer überragt dank des Aufstiegs der Arbeiterschaft in die politische Macht die Sozialpolitik des verarmten republikanischen Deutschlands diejenige des wohlhabenden Kaiserreichs um ein Mehrfaches.

Stärkt die politische Macht der Arbeiterschaft, denn jetzt geht der Kampf um die Erhaltung der Sozialpolitik. Das Brüning-Diktat war der erste Großangriff. Sorgt, daß es auch der letzte war.

19. Besonders anschaulich ist Hamburg.

Im Jahre 1925 betragen die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand in Hamburg nach dem Statistischen Landesamt 381,1 Millionen Reichsmark, nach dem Voranschlag für 1929 489,7 Millionen Reichsmark; sie sind um 108,6 Millionen Reichsmark höher als 1925, also um 31,1% gestiegen. Der Voranschlag für 1931 weist nach starken Einschränkungen rund 459 Millionen Reichsmark aus.

Ausgabenzweck	1925 in Tausend Reichsmark	1929 in Tausend Reichsmark	Steigerung in Prozent
Verzinsung der Landesschuld	1 463	16 975	10,60%
Wirtschaftliche Zwecke	52 404	70 819	35,0
Soziale Zwecke, insgesamt	107 431	119 976	12,5
davon f. Wohlfahrt u. Jugendfürsorge	40 386	56 129	39,0
" für Wohnungsbau	39 948	53 576	30,0
Gesundheitswesen	43 041	52 765	20,0
Kulturelle Zwecke	52 438	80 644	34,8
Polizeiliche Zwecke	39 629	48 055	21,3
Justizwesen	23 911	28 966	21,1
Öffentliches Bauwesen	32 781	47 437	49,2

Darin ist enthalten eine Steigerung der persönlichen Ausgaben um 41,7% von 161 862 000 auf 228 315 000 R.M. Die Steigerung bei den Beamtengehältern (einschließlich Senat) beträgt 40,7%, bei den Angestelltengehältern rund 40%, bei den Arbeiterlöhnen 57,1%, bei den Versorgungsgebühren 32%.

Die stärksten Steigerungen sind zu verzeichnen:

1. bei den sozialen Unterstützungen,
2. " " Ausgaben für kulturelle Zwecke,
3. " " " " das Bauwesen und für den Wohnungsbau.

Die Gesamtausgaben für die öffentliche Hand sind bei weitem nicht auf den Stand von 1925 zurückgesunken, trotzdem für das Rechnungsjahr 1931 eine gewaltige Uebersteigerung der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke erreicht ist. Diese Steigerung beträgt 108% gegen 1925, das heißt, es wird mehr als doppelt soviel ausgegeben als damals. Bei der Steigerung der persönlichen Ausgaben ist zu beachten, daß eine etwa zehnprozentige Vermehrung des Gesamtpersonals eingetreten ist. Trotzdem bestätigt sich in allen Einzelheiten, daß rund zwei Drittel der Mehrausgaben seit 1925 für persönliche Zwecke in Anspruch genommen worden sind.

Der politische Kampf gilt der Verteidigung alles dessen, was in Zeiten günstiger Konjunktur und wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung für die soziale Ausgestaltung des Staatswesens errungen worden ist. Jetzt schwinden die Erträge der größeren wirtschaftlich gebundenen Steuern auf das Allerbedenklichste. Beispiel: Die Reichseinkommensteuer für Hamburg, 1930 noch mit 91,2 Millionen Reichsmark veranschlagt, bringt 1931 nach den bisherigen Feststellungen weniger als 70 Millionen Reichsmark.

20. Würde durch gewalttamen Umsturz etwas geändert?

Die Wirtschaftskrise erstreckt sich über die kapitalistische Welt, wurde also durch einen Umsturz nicht behoben.

Die Reparationsfrage wurde nicht gelöst, da sie nur durch Verhandlungen im gegenseitigen Vertrauen geändert werden kann. Darum hat auch Hitler im September 1930 erklärt, er würde soviel bezahlen wie er müsse, und die Nazifraktion im Reichstage den RPD.-Antrag, die Zahlung zu verweigern, zu Fall gebracht.

Der deutsche Außenhandel beträgt mehr als 20 Milliarden Reichsmark in Ein- und Ausfuhr. Er würde sofort stocken, wenn der Glaube (Kredit) an Deutschland erschüttert würde.

Die deutsche Währung ist sehr empfindlich. Vom 15. September 1930 bis Anfang November 1930 hat die Reichsbank 1 Milliarde Reichsmark an Gold und Devisen abgegeben. Der Kursverlust in deutschen Papieren wird auf 2 Milliarden Reichsmark geschätzt, also zusammen eine Verfürgung von Produktionskapital um 3 Milliarden Reichsmark.

Die Erklärung der Volkspartei, abgegeben durch Dr. Dingelbey, die Reichstageinberufung zu verlangen, hat die Reichsbank gezwungen, vom 26. Mai bis zum 15. Juni 1931 rund 1 Milliarde Reichsmark an Gold und Devisen abzugeben. Davon am 12. Juni 267 Millionen Reichsmark. Nach einer Rede Stegerwalds sind gleichzeitig Kündigungen von kurzfristigen Anleihen im Betrage von 3,5 Milliarden Reichsmark erfolgt.

Also Verlust an Produktionskapital über 4 Milliarden Reichsmark.

Die Folge, Zahlungseinstellungen großer Firmen, d. h. Arbeitslosigkeit.

Die Währung wäre nicht mehr zu halten, wenn nicht durch die Politik eine Entlastung erarbeitet würde.

Das wäre beim Bürgerkrieg, der das Ausland erschreckte, unmöglich.

Das Arbeitslosenheer würde vermehrt, da das Kapital fehlte, um Arbeiter zu beschäftigen.

Auch die siegreiche Revolution stände vor denselben Fragen: Arbeit, Brot, Wohnungen zu beschaffen.

Ein Generalfstreik wäre sinnlos, weil Millionen darauf warten, daß Arbeitsplätze geräumt werden.

Das Elend in den Arbeitermassen würde unendlich steigen, weil Unterstützungen nicht mehr gezahlt werden könnten.

Die Stimmung würde nach wenigen Tagen umschlagen und sich entgegengesetzt äußern wie jetzt.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende kann den einzelnen zum Selbstmord und damit zur Flucht verhelfen. Die Arbeiterklasse will leben, und besser leben, als sie es jetzt tut. Für die Arbeiterklasse aber finge der Schrecken nach dem Ende erst an.

Die Kriegszinsen werden durch die Notverordnung gekürzt, der Bürgerkrieg würde die Rentner der Zahl nach vermehren.

Den Rechtsleuten in Deutschland wäre ein gewaltsamer Aufstand recht. Kein Sozialdemokrat könnte als Minister die Befehle einer Diktaturregierung — (Hugenberg-Hitler; Direktorium; Ausnahmezustand mit General Hammerstein) — ausführen. Er müßte zurücktreten, da er auf Arbeiter nicht schießen lassen könnte.

In dem Kampfe ständen neben der Reichswehr und der Polizei

- a) der Stahlhelm, der nach Seeckts neuester Rede diese Aufgabe hat;
- b) die Nationalsozialisten, die stets die Niederschlagung des Marxismus als ihre Aufgabe bezeichnet haben;
- c) Gegenüber dieser Doppelfront ständen SPD., Freie Gewerkschaften, Reichsbanner, Sportler.

Als Gegner in unserem Rücken stände die KPD., die nur die eine Aufgabe kennt, uns zu schwächen.

21. Es gibt nur eine Generalidee für uns, den Sozialismus.

Wenn wir uns die Möglichkeiten der praktischen Aktion vorstellen, dann löst sich die Generalidee in ein System der praktischen Politik auf, das aus zahlreichen Einzelmaßnahmen besteht.

Das Maß und das Tempo dessen, was wir durchsetzen können, wird nicht durch Parolen bestimmt. Das hängt von dem Ausmaß der politischen Kraft ab.

Karl Marx deutete in der „Inauguraladresse“ nach dem Zustandekommen des ersten Arbeitszeitgesetzes in einem kapitalistischen Staate diesen Vorgang als einen bedeutsamen und grundsätzlichen Sieg der politischen Oekonomie des Proletariats über die politische Oekonomie der Bourgeoisie. Wir haben in der Folgezeit solcher Siege so viele errungen, daß uns der Blick für die grundsätzliche Bedeutung, nämlich der Ueberleitung zur sozialistischen Ordnung, allmählich verloren gegangen ist.

Wir klagen die kapitalistische Wirtschaft an, daß sie aus der Vernunft der Produktivität den Unsinn der Wirtschaftskrise, aus der Wohltat des Reichstums die Plage der Entbehrung macht. Wir klagen sie an, daß sie an gefüllten Scheuern die Massen hungern läßt. Wenn nur halb soviel Energie auf die Verteilung dessen, was produziert wird, verwandt worden wäre wie auf die Produktion und ihre Steigerung, dann hätte die soziale Frage längst aufgehört, noch ein Problem zu sein.

Die These vom automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft wird in der Sozialdemokratie von niemand vertreten, die These von der Endkrise des kapitalistischen Systems der Gegenwart wird in der Sozialdemokratie von niemand verteidigt.

Wir sind uns darüber einig, daß der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein einmaliger und kurzfristiger Akt ist, sondern ein Umwandlungsprozeß.

Wir sind uns auch darüber einig, daß niemand daran glaubt, daß es ein Generalrezept gibt, mit dem wir die Uebel des Augenblicks schnell und plötzlich beseitigen und den Sozialismus sofort verwirklichen können.

22. Die Aussichten des Sozialismus.

In dem Chaos der gegenwärtigen ökonomischen Zustände empfinden wir bitterer als sonst, daß es der sozialistischen Bewegung bisher noch nicht gelungen ist, das verderbliche kapitalistische System zu beseitigen. Heißt das aber, daß wir überhaupt noch nicht vorangekommen wären auf diesem Wege?

Es sind bereits starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft vorhanden, und wenn die Nebel dieser ökonomischen Krise sich verzogen haben werden, dann wird man deutlich sehen, daß auch in dieser Zeit die sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer geworden sind.

Die kapitalistische Grundthese heißt: volle Unabhängigkeit der Wirtschaft vom Staat.

Heute erkennen die Kapitalisten selber schon an, daß ihr eigenes System allein nicht mehr ausreicht, um die Wirtschaft in Ordnung zu halten, daß die gesellschaftliche Hilfe, die Hilfe des Staates gar nicht mehr entbehrt werden kann, daß nur mit dem Einsatz der gesellschaftlichen Macht, der gesellschaftlichen Organe, des gesellschaftlichen Willens die Funktion der Gesamtwirtschaft noch möglich ist.

Es ist vielen unserer Genossen nicht immer im Bewußtsein, daß unsere öffentlichen Wirtschaftsbetriebe bereits einen Gesamtumsatzwert von 13,5 bis 14 Milliarden Reichsmark darstellen und damit ein wirtschaftliches Volumen repräsentieren, das ungefähr dem der gesamten deutschen Landwirtschaft entspricht.

Und diese Entwicklung wird ergänzt durch die innere Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst, durch das Zurückdrängen der individuellen Unternehmerpersönlichkeit durch gesellschaftliche Unternehmungsformen. Es ist so, wie vor einer Reihe von Jahren schon der bürgerliche Professor Schmalenbach den Unternehmern zurief: **Sie sind, wenn auch unbewußt, Vollstrecker des Testaments des großen Sozialisten Karl Marx.**

Sozialismus heißt Uebernahme der Wirtschaft, um sie ausschließlich dem gesellschaftlichen, dem sozialen Interesse dienstbar zu machen.

Wir haben doch schon die Gesellschaftsordnung so weit umgestaltet, daß in einem ganz andern Maße, als das früher denkbar erschien, die sozialen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft von der Gesellschaft versorgt werden.